



Claudia Tausend
Mitglied des Deutschen Bundestages

Claudia Tausend, MdB, Oberanger 38/IV, 80331 München

Christian Wilke
-per Mail-

München, 05.07.2017

Claudia Tausend, MdB

Oberanger 38/IV
80331 München
Telefon: +49 89-18 93 28 58
Fax: +49 89-44 23 24 80
claudia.tausend.ma04@bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Telefon: +49 30 227-7 35 00
Fax: +49 30 227-7 65 00
claudia.tausend@bundestag.de

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Wilke,

gerne sende ich Ihnen meine Stellungnahme zu den sozialpolitischen Forderungen der ARGE Freie München an den 19. Deutschen Bundestag untenstehend zu.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Tausend, MdB



Bildung, Kinder, Jugend & Familie

Wir werden in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern.

Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung einzuführen. Gemeinsam mit den Ländern soll der Bund die Schulsozialarbeit ausbauen.

Neue Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte müssen für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte soll dementsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern will die SPD fortsetzen und weiterentwickeln.

Wohnungspolitik

Wenn der Vermieter das Haus modernisiert, holt er sich die Kosten in der Regel über die Miete zurück. Mit der SPD wird die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzt. Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter bezahlt werden. Das Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarf will die SPD konkretisieren, um einem Ausufernden und Umgehungsmöglichkeiten entgegen zu wirken.

Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter wird so die Stellung der Mieterinnen und Mieter gestärkt. Stellt sich heraus, dass bei Vermietung der Wohnung mehr verlangt hat, als zulässig, können die Mieterinnen und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Die SPD will den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer



Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortsetzen. Nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen können kann dafür gesorgt werden, dass ausreichend neue Wohnungen entstehen. Die SPD setzt sich für mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum ein. Wer über ein geringes Einkommen verfügt, bekommt über das Wohngeld einen Zuschuss zur Miete. Hierbei soll die Höhe des Wohngeldes regelmäßig angepasst werden, um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.

Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, Baugruppen, private Investoren und Vermieterinnen und Vermieter, die sich für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagieren und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen, bekommen Unterstützung und Förderung von der SPD. Bei all dem kommt es darauf an, nicht nur bezahlbaren, sondern auch guten Wohnraum für alle Generationen in lebenswerten Quartieren zu schaffen. Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen und gemeinschaftliche Wohnformen mit einem Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt Wohnen“ unterstützen.

Steuer- und Finanzpolitik

Besonders hochvermögende Bürgerinnen und Bürger sollen und können einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Investitionen und zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen leisten. Deshalb will die SPD die sogenannte Reichensteuer in Höhe von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz zukünftig ab einem zu versteuernden Einkommen für Ledige von 250.000 Euro fix erheben.

Sehr große Erbschaften sollen höher besteuert werden. Mit einer umfassenderen Erbschaftsteuerreform mit weniger Ausnahmen stellen kann so sichergestellt werden, dass mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Erbschaften realisiert wird.

Migrationspolitik

Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden



Sprachkursangebote ausbauen, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung daran gehindert werden. Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

Leben im Alter

Ältere Menschen müssen so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbst über ihr Leben bestimmen können. Wenn sie Hilfe oder Pflege benötigen, sollen sie sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung bekommen. Pflege ist keine Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht alleine.

Für eine gerechte Rentenpolitik will die SPD ein gesetzlich festgelegte Rentenniveau von mindestens 48 Prozent und einen Beitragssatz von 22 Prozent.

Teilhabe durch Erwerbstätigkeit

Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt es noch viele Menschen, die über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind. Gerade sie brauchen individuelle und passgenaue Unterstützung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Jobcentern und deren personelle und finanzielle Ausstattung will die SPD daher so verbessern, dass diese individuelle Unterstützung auch geleistet und eine hohe Beratungs- und Förderqualität sichergestellt werden können. Dabei sollen die Interessen der Arbeitslosen stärker berücksichtigt und ihre Rechte gestärkt werden. Die SPD will *Arbeit statt Arbeitslosigkeit* finanzieren und deshalb öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen und einen dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ soll als Regelleistung in das Sozialgesetzbuch II übernommen werden. Mit dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen werden neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose geschaffen, die auf absehbare Zeit keine realistischen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Das ist auch von hoher Bedeutung für



Regionen, die in besonderem Maße von
Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.